

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Russland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Falk Bomsdorf

15 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion: Das wiedererstandene Russland

Aus russischen Fachzeitschriften und
Zeitungen des Jahres 2006

FG 5 2007/11, Juni 2007

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2007

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Inhalt

5	Einleitung
7	Die Wiedergeburt Russlands
7	Die sowjetische Vergangenheit
8	Die souveräne Demokratie
9	Alte und neue Mythen
11	Russland in der internationalen Arena
15	»Energiesupermacht« Russland
15	Ein kontrafaktisches Experiment
15	Energiedoktrin oder Energiepolitik?
18	Kritik an den Rohstoffideologen
20	Öl und Gas: Folgen für die russische Gesellschaft
22	Wahlen und Demokratie
23	Fragen
27	Vorgestellte Artikel

*Dr. Falk Bomsdorf, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter
des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung*

**15 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion:
Das wiedererstandene Russland.
Aus russischen Fachzeitschriften und Zeitungen
des Jahres 2006**

Die Artikel in den Fachzeitschriften der späten Jelzin-Zeit waren gekennzeichnet durch ein Lamento über die verlorene Größe Russlands und Klagen darüber, vom Westen nicht als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden. Mit dem Amtsantritt Präsident Putins begann sich der Ton wie in der Politik so auch in den Artikeln zu wandeln: Immer selbstbewusster wurde die Rückkehr des Landes in die Weltarena zelebriert. Ihren bisherigen Höhepunkt hat diese Entwicklung im Jahr 2006 gefunden: 15 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion wird die Wiedergeburt Russlands konstatiert, werden seine einzigartige Souveränität und sein erneuerter Status als Großmacht beschrieben, wird Russlands Verfügungsmacht über Öl und Gas als die neue Machtwährung hervorgehoben. Dabei stehen Artikeln, deren Autoren ob der gewandelten Lage nachgerade triumphieren und eine aggressive Energiepolitik befürworten, Ausführungen gegenüber, die wesentlich nüchterner gehalten sind, auf die Gefahren der Entwicklung hinweisen und die innen- wie außenpolitischen Defizite des Landes aufzeigen. Eines haben all die Artikel gemeinsam: Sie helfen, Handeln und Fühlen des Kreml wie der politischen Klasse Russlands insgesamt zu verstehen.

Die Wiedergeburt Russlands

Was das neue, erstarkte Russland ausmacht, kommt in zwei Artikeln zum Ausdruck, die am Anfang und am Ende des Berichtszeitraumes stehen und deren Autoren – **Vladislav Surkov** und **Vitalij Tret'jakov** – bedeutende Protagonisten des gegenwärtigen Regimes sind. Surkov, stellvertretender Leiter der Administration des Präsidenten und zuständig für Innenpolitik sowie vor allem für die ideologische Absicherung des Putinschen Herrschaftssystems, stellt in der Märznummer 2006 von *Političeskij klass* (»Politische Klasse«) wesentliche Aspekte der Weltsicht des Kremls vor (»Souveränität – das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit«); Tret'jakov, Chefredakteur der Zeitschrift wie auch der Wochenzeitung *Moskovskie novosti* und ein herausragender Vertreter russischen konservativen Denkens, beschreibt in der Dezemberrnummer Wesen und Ziele des erstarkten Russland (»Der Zusammenbruch der UdSSR und die Wiedergeburt Russlands«).

Die sowjetische Vergangenheit

Surkov wie Tret'jakov zielen mit ihren Artikeln darauf ab, Russland erneut als Großmacht – und zwar wohlgemerkt nicht lediglich als Energiegroßmacht – zu präsentieren, die sich, zu Kräften gekommen, modernisiert und, *einen* Pol der multipolaren Weltordnung bildend, gleichberechtigt mit den wenigen anderen Großmächten die Weltläufe bestimmt. Zu diesem Zweck beschäftigen die Autoren sich in ihren Artikeln zunächst mit der Vergangenheit des Landes. Ihr Ziel ist es dabei, ihrem Leserkreis, letztlich der russischen politischen Klasse, eine bestimmte Sichtweise dieser Vergangenheit nahezubringen, als deren Apologeten sie sich in ihren Ausführungen zeigen.

Für Surkov ist Russland auch im Blick zurück ein »normales Land«. Wir haben im Großen und Ganzen, so der Autor, denselben Weg durchgemessen wie andere europäische Staaten, haben eine Art Reformation, haben Absolutismus und Totalitarismus erlebt, haben den Parlamentarismus fast zur selben Zeit wie andere eingeführt. Schließlich habe Russland auch wesentliche Werte nicht importieren müssen. Als Beleg zitiert Surkov den großen russischen Philo-

sophen Nikolaj Berdjajev: »Es ist unerlässlich, nach einer freien und gerechten Gesellschaft zu streben. Ohne Freiheit kann es keinerlei Gerechtigkeit geben. Gerechtigkeit erfordert Freiheit für alle.« »Das ist unser Gedanke«, ruft Surkov aus, »wir haben ihn weder bei Marx noch bei Hegel entlehnt.«

Aus der europäischen Kontinuität Russlands will Surkov auch die jüngste Geschichte, sprich die Sowjetunion, nicht ausblenden. Sie verdiene, so der Autor, keine pauschale Verurteilung. Die UdSSR – das seien ja »unsere nächsten Angehörigen«, das seien »wir selber«. Im übrigen habe die Sowjetunion kraft ihrer »gewaltigen ideologischen Arbeit« positiv auf den Gang der Weltgeschichte eingewirkt: Sie habe die Entkolonialisierung befördert und die »Harmonisierung der sozialen Beziehungen« in den westlichen Ländern beschleunigt. Die sowjetische Verfassung habe sogar bereits den Keim von Demokratie enthalten, indem sie ihn jedenfalls in Worten formulierte. Darüber hinaus habe die Industrialisierung Russland zu seinem gegenwärtigen hochentwickelten Stand verholfen. Wir leben, so Surkov, vom Erbe der Sowjetunion und haben bisher wenig selbst geschaffen: Unsere Eisenbahnen, unsere Pipelines, unsere Wohnungswirtschaft, unsere Fabriken, unsere nuklearen Kräfte – all das sei sowjetisches Erbe.

Auch Tret'jakov zeichnet ein im wesentlichen positives Bild der sowjetischen Vergangenheit, spart aber Fehlentwicklungen, wie sie letztlich zum Zerfall der Sowjetunion geführt haben, nicht aus. In der UdSSR habe es eine zufriedene Mittelklasse und damit eine stabile Gesellschaft gegeben, in der – mit Ausnahme der Spitzen der »herrschenden Klasse« mit ihren Privilegien – alle gleich gewesen seien. Ab Mitte der siebziger Jahre habe es in der Sowjetunion, wenn nicht gar eine Zivilgesellschaft, so doch jedenfalls fast alle für sie notwendigen Grundlagen gegeben, mit Ausnahme einer »völlig freien und unabhängigen Presse und von Privateigentum«. Die UdSSR sei in jeder Beziehung ein ungeheuer vielfältiges Land gewesen, eine »ganze Welt«, in der der offizielle Kommunismus oder auch nur der reale Sozialismus nirgends so einheitlich gewesen sei, wie dies die Doktrin verlangt habe. Bisweilen habe man den Eindruck haben können, es gebe überhaupt keinen Sozialismus in der Sowjet-

union und die Menschen lebten unter der formalen Vormundschaft der Partei ihr eigenes, vorsowjetisches Leben. Es habe also, so Tret'jakov, eine große Diskrepanz zwischen dem offiziellen (Selbst-)Bild der Sowjetunion und dem wahren Leben im Lande gegeben, mit der Folge eines gesellschaftlichen und politischen Zynismus und fehlenden Vertrauens zur Macht. Zusammengebrochen sei die Sowjetunion schließlich nicht infolge ihrer Mängel, sondern wegen ihrer Vorzüge, nicht weil sie ein »Reich des Bösen«, sondern im Gegenteil ein »Reich des Guten« gewesen sei. Soll heißen, die Sowjetunion habe eine Gesellschaft hervorgebracht, die in ihren materiellen, geistigen und politischen Bedürfnissen der simplizistischen offiziellen Ideologie und dem veralteten Regierungssystem entwachsen sei.

Die souveräne Demokratie

Im Mittelpunkt beider Beiträge steht ein Konzept, das im Berichtszeitraum ins Zentrum der russischen Diskussion getreten ist: die »souveräne Demokratie«. So sehr sich beide Autoren in ihrer Sicht der jüngsten Vergangenheit ähneln, unterscheiden sie sich doch sowohl in dem Verständnis dieses Konzeptes als auch in der Antwort auf die Frage, wie Russland sich künftig im Innern und nach außen verhalten solle.

Wenn wir »demokratisch und souverän« sein und zu den Akteuren der Weltpolitik gehören wollen, müssen wir, so Surkov in seinem Artikel, die Demokratie in Russland mit ihren parlamentarischen Mechanismen entwickeln. Darüber hinaus gelte es vor allem die Strukturen der Zivilgesellschaft zu stärken, also politische Parteien, NGOs und die kommunale Selbstverwaltung. Auf dem weiteren Weg müssten zwei wesentliche Hindernisse überwunden werden: die Korruption, die den gesamten sozialen Organismus durchdringe, sowie die Armut, damit die »Rentabilität der Demokratie« für alle sichtbar werde.

Die Globalisierung macht das Konzept des Nationalstaates für Surkov keineswegs überflüssig. Die »Souveränität« Russlands sei »wesentlicher Bestandteil« des russischen politischen Modells. Russland als Nationalstaat müsse fähig sein, sich in der internationalen Arena zu behaupten und dort eine führende Rolle zu spielen. Darin eben bestehe das Wesen der Souveränität: Sie sei »das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit«. Daraus folgt für Surkov die Notwendigkeit, die russische Politik global auszurichten. Das Land könne sich nicht – eine Anspielung auf die

entsprechende Forderung liberaler russischer Kräfte – darauf beschränken, sein Haus in Ordnung zu bringen, sprich sich auf die Gesundheit im Innern zu konzentrieren. Wenn Russland aufhöre, Einfluss in der internationalen Arena auszuüben, dann würden die entsprechenden Entscheidungen ohne das Land getroffen, und zwar zu seinem Nachteil.

Die Souveränität Russlands nun sei, so Surkov, vielfach bedroht. Abgesehen vom internationalen Terrorismus und der, eher hypothetischen, Gefahr militärischer Auseinandersetzungen sind dabei für den Autor vor allem mangelnde wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sowie allmähliche Absorption durch moderne »orangene Technologien« die Hauptgefahren. Surkov sieht trotz aller beeindruckenden Zahlen sehr deutlich die strukturellen Schwächen der russischen Wirtschaft. Sie müsse man beseitigen und im übrigen die eigenen komparativen Vorteile nutzen und entwickeln. Zur Wahrung der Souveränität sei es dabei erforderlich, bestimmte Bereiche russischem Kapital vorzubehalten: den Energiekomplex, strategische Kommunikation, das Finanzsystem, die Verteidigungssphäre. Überdies hänge die Souveränität Russlands, die Frage, wer man im internationalen Netz sei, »Spinne oder Mücken«, auch davon ab, dass sich russische Firmen unmittelbar an der Schaffung globaler Informationsnetze beteiligten.

Der Westen, im Artikel sonst kaum erwähnt, kommt ins Spiel, wo es um die Bedrohung der russischen Souveränität durch »orangene Technologien« geht. An »unsere ausländischen Freunde« gewandt, fragt Surkov unter offensichtlicher Anspielung auf den Umschwung in Serbien, Georgien, der Ukraine und Kirgistan, den der Kreml bekanntlich dem Wirken westlicher NGOs (und der CIA) zuschreibt: »Wenn ihnen dies in vier Ländern gelungen ist, warum sollten sie es nicht in einem fünften tun?« Surkovs Gegenmittel ist die Schaffung national orientierter gesellschaftlicher Eliten: »Wenn unsere Geschäftswelt sich nicht in eine nationale Bourgeoisie verwandelt, haben wir keine Zukunft.« Hinzu kommen müsse allerdings, so Surkov, noch eine andere Transformation: die der »halbsowjetischen, halbkompetenten« Bürokratie in eine »effiziente, wettbewerbsfähige Gemeinschaft von Staatsdienern«. Schließlich bedürfe es der Modernisierung des Bildungssystems und der Verbesserung der Kultur, damit eine »national gesinnte Elite« geschaffen werden könne.

Wenn alle diese Aufgaben gelöst würden, werde Russland zu einer wahrhaft »souveränen Demokratie«, charakterisiert durch nachhaltige Entwicklung, wirt-

schaftlichen Erfolg, politische Stabilität und eine hohe Kultur, zu einem Land, das über Einflussmöglichkeiten in der internationalen Politik verfüge und auf einer freien Nation beruhe, die zusammen mit den übrigen freien Nationen eine gerechte Weltordnung aufbaue. Doch dieser Erfolg sei keineswegs garantiert. Um ihn müsse man kämpfen, vor allem gegen Gegner im Innern, die eine Restauration des oligarchischen Regimes (»oligarchische Revanche«) anstrebten oder sich mit ihren pseudo-patriotischen Losungen die erneute Isolierung Russlands auf die Fahnen geschrieben hätten. Hier sei die Partei »Einheitliches Russland« gefordert. Sie müsse nicht nur bei den Dumawahlen 2007 siegen, sondern in den nächsten 10 bis 15 Jahren die dominierende politische Kraft bleiben. Zu diesem Zweck müsse sie vor allem die Jugend für sich gewinnen, aber auch die Straße in den großen Städten mit ihren politischen Möglichkeiten beherrschen.

Tret'jakov sieht in der »Souveränität« eines Landes die Möglichkeit, Innen- wie Außenpolitik allein an den eigenen nationalen Interessen auszurichten, ohne auf die Interessen anderer – gleich großer oder sogar größerer – Staaten Rücksicht nehmen zu müssen. In diesem Sinne ist für ihn die Mehrheit der Staaten dieser Welt nur formal unabhängig; wahrhaft souverän seien nur die mächtigsten und »ideell und politisch wagemutigsten« Staaten. Zu ihnen gehöre das heutige Russland: Es bestimme selbst über sein Tun, ordne sich niemandem unter und gehe nur partnerschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten ein. Natürlich gebe es auch Interessen der Weltgemeinschaft und solche kleiner und schwacher Staaten und Völker. Sie wolle man nicht ignorieren. Aber dies entspringe keinerlei Notwendigkeit, sondern allein der souveränen Entscheidung Russlands.

Die so verstandene Souveränität Russlands ist für Tret'jakov unmittelbare Folge der »Wiederherstellung« und der »Wiedergeburt« des Landes, eines Prozesses, der noch andauere und dessen Erfolge Präsident Putin zu verdanken seien. Der Präsident habe die drei sich ihm bei seinem Amtsantritt stellenden Aufgaben erfolgreich erfüllt: die territoriale Einheit des Landes zu sichern, die Regierungsgewalt (»Macht«) zu konsolidieren und die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen. »Auferstanden«, »wiederhergestellt« sei nunmehr, so der Autor, alles, was unter Jelzin zerstört worden sei, freilich unter Berücksichtigung der neuen Bedingungen, wie sie Demokratie und Marktwirtschaft mit sich brächten, und unter Verzicht auf überflüssige und veraltete Elemente. Wesentliche Erfolge sieht Tret'jakov insbesondere im Verhältnis

Russlands zur Außenwelt: Präsident Putin habe das Land wieder zum selbständigen Akteur auf der internationalen Bühne gemacht und auf das Niveau von Ländern wie Großbritannien, Deutschland und Frankreich und in mancherlei Hinsicht sogar auf die Ebene internationaler Akteure wie die EU und China gehoben. Darüber hinaus sei Russland nunmehr erneut das »politische und zivilisatorische Zentrum des post-sowjetischen Raumes«.

Alte und neue Mythen

Surkovs wie Tret'jakovs Ausführungen hinterlassen einen zwiespältigen Eindruck. Beide Autoren verklären die russisch-sowjetische Vergangenheit. Am deutlichsten kommt dies in der Formulierung Tret'jakovs zum Ausdruck, die UdSSR sei die »grandioseste, tragischste und gleichzeitig heroischste Reinkarnation« Russlands gewesen, der Zusammenbruch der Sowjetunion demgemäß »eine Niederlage des historischen Russland«. In der UdSSR waren für Tret'jakov »in höchstem Grade die Ideen der westeuropäischen Aufklärung verwirklicht«, habe die Vernunft an der Spitze der Werteskala gestanden; gestört hätten nur die »verworrenen Dogmen« der kommunistischen Ideologie. Surkov schließt sich dem letztlich an und sieht das Sowjetsystem als »umfassendes Modernisierungsprojekt«, das zu »bedeutenden Errungenschaften« geführt habe. Allerdings sei die sowjetische Gesellschaft ungerecht und unfrei gewesen und habe die materiellen Bedürfnisse der Menschen nicht befriedigen können. Die Botschaft beider Autoren lautet: Von der Sowjetunion dürfen wir uns nicht nur nicht distanzieren, wir müssen an sie anknüpfen. Es besteht keinerlei Notwendigkeit, sich mit der sowjetischen Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Surkov hat aber noch eine weitere Botschaft: Er will Abschied nehmen von dem Mythos der russischen »Besonderheit«. Surkov kennt ganz offensichtlich die schädliche Wirkung des entsprechenden Mythenkomplexes: Der Glaube an die Einzigartigkeit Russlands als eines Landes, das man mit dem Verstand nicht begreifen, an das man nur glauben könne (Tjutčev), hat in Russland – wie auch in Europa – nur allzu oft die Funktion eines Abwehrmechanismus übernommen, mit dessen Hilfe eine meist unangenehme Wirklichkeit verleugnet oder verdrängt werden und man sich den Anforderungen der Moderne entziehen konnte. Die Probleme der gesellschaftlichen und ökonomischen Wirklichkeit wurden –

und werden – damit nicht gelöst, und vor allem isoliert sich das Land damit selbst. Surkovs Botschaft lautet daher: »Wir sind nicht einzigartig, und wir sollten uns nicht für eine Art von Ausgestoßenen halten, denen das nicht gelingt, was bei anderen geht.«

Surkovs Verdienste als Mythenzerstörer werden indessen durch seine Schöpfung neuer Mythen relativiert. Russland als normaler europäischer Staat, der die europäischen Werte teilt, sie sogar teilweise selber entwickelt hat – dies ist bei aller Anerkennung dessen, was Russland und seine Dichter und Denker zur europäischen Geistesgeschichte und Kultur in der Tat beigetragen haben, doch mehr Wunsch als Wirklichkeit. Generell hat man den Eindruck, dass Surkov nur zu häufig das Wünschenswerte als das Wirkliche ausgibt oder, um es mit Hegel zu sagen, das Vernünftige als das Wirkliche. Immer wieder fragt sich der Leser, welches Land es ist, das der Autor auf einem guten Wege zur Demokratie, ja als bereits demokratisch sieht.

Bei alledem kann man Surkovs politischen Forderungen in vielem durchaus zustimmen. Wer etwa wollte ihm widersprechen, wenn er die dauerhafte Entwicklung einer freien Gesellschaft und einer freien Wirtschaft in Russland fordert, weil nur sie zu einer gerechteren Verteilung des Sozialprodukts führe? Wenn man allerdings die konkrete russische Politik betrachtet, für die ja auch der Autor verantwortlich zeichnet, kommt man nicht um die Feststellung herum, dass sie, zurückhaltend ausgedrückt, diesen und anderen Forderungen in wesentlichen Aspekten nicht entspricht. Die Erklärung für diesen Kontrast dürfte vor allem darin liegen, dass Surkov, der ja ein Analytiker von hohen Graden ist, in seinen Ausführungen nicht als solcher auftritt, sondern als Politiker, der seine Zuhörer und seine Leser zu einer bestimmten Weltsicht bewegen will: der des Kreml.

Tret'jakov betont in seinem Konzept der »souveränen Demokratie« vor allem das erste Element, die Souveränität, verstanden als völlige Handlungsfreiheit des Staates: Wie zu Zeiten der Sowjetunion entscheide erneut Russland ganz allein, was es tun wolle und was in seinem Interesse liege. Dies betrifft auch die Demokratie: Russland beschließe selbst, ob und wie es seine Demokratie – die Tret'jakov vorerst noch als eine »Mischung von Protodemokratie und Quasidemokratie« ansieht – entwickeln wolle, in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit. Das Land gehe dabei von »allgemein anerkannten demokratischen Prinzipien« wie von seinen »nationalen Besonderheiten« aus – eine Formulierung, die nichts anderes bedeutet,

als dass man in Russland unter Hinweis auf die Geschichte von Staat und Gesellschaft auch das als Demokratie ansieht, was nach westlichem Verständnis damit nichts zu tun hat. Tret'jakov erweist sich insoweit wie die Kremlführung als Apologet einer »russischen Demokratie«; dem entspricht seine Aussage, Russland weise jeden Versuch von außen zurück, sich zum Richter über die Entwicklung des Landes aufzuschwingen. Souveränität ist für Tret'jakov also auch Definitionshoheit: Russland entscheidet souverän darüber, was es als demokratisch betrachtet. Kritik aus dem Westen ist damit von vornherein jede Grundlage entzogen.

Russland in der internationalen Arena

Wie das neue Russland sich in der Weltpolitik positionieren kann und soll, wie insbesondere seine Beziehungen zum Westen aussehen sollen, diesem gleichsam ewigen Thema sind zahlreiche Artikel im Berichtszeitraum gewidmet; aus einigen sei hier zitiert.

Sergej Karaganov, Präsident des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik und stellvertretender Direktor des Europa-Instituts und immer am Puls der Zeit, wendet sich in seinem in der zweiten Nummer der englischen Ausgabe von *Russland in der Weltpolitik* erschienenen Artikel – er ist gerade jetzt angesichts des schärfer werdenden Tones aktuell – an beide Seiten, also an den Westen wie an sein eigenes Land, und warnt sie vor – so auch der Titel seines Aufsatzes – »gefährlichen Rückfällen«. Den westlichen Kritikern der russischen Politik entgegnet er, Russland sei nie ein blühenderes und freieres Land gewesen als jetzt. Seine Zukunft sei nie so berechenbar wie jetzt: Zwar sei ein Szenarium »Stagnation-Autoritarismus« möglich, doch gleichermaßen möglich sei eine modernere und effektivere Entwicklung. Die Hauptsache ist für Karaganov, dass Russland seine »Weimar-Periode« hinter sich gelassen habe, in der ein Rückfall in ein totalitäres oder ultranationalistisches Regime denkbar erschienen sei.

Besonders wundert sich Karaganov über die Vorschläge mancher amerikanischer Kritiker, die – ohnehin begrenzte – Zusammenarbeit der USA mit Russland noch weiter herunterzufahren. Diese Kooperation in wichtigen Bereichen – Afghanistan, Nordkorea, letztlich auch Irak – sei doch, so der Autor, durchaus erfolgreich gewesen. Nun verlangten die beträchtliche Schwächung der USA infolge des Krieges in Irak und die neuen Herausforderungen – der gesamte Nahe und Mittlere Osten, Proliferation von Nuklearwaffen, Energie, die Integration aufsteigender Mächte in das Weltsystem – nach mehr Kooperation als je zuvor. Die USA könnten doch nicht, wie Karaganov fast beschwörend ausruft, diese Probleme alle allein angehen, zumal ihre traditionellen Verbündeten keine globale Rolle übernehmen könnten oder wollten. Im übrigen, so lässt Karaganov erkennen, seien die Möglichkeiten des Westens, Druck auf Russland auszuüben, um ein

anderes Verhalten des Kreml zu erreichen, außerordentlich begrenzt.

An den Kreml und an die russische politische Klasse gewandt, warnt Karaganov zunächst vor der Weiterführung der »konservativen Evolution« – ein Euphemismus für den vielfach anzutreffenden Chauvinismus und Nationalismus – im Lande. Sie habe ihre Grenze erreicht. Ihre Überschreitung gebe den »Rittern des Kalten Krieges« im Westen ein Alibi dafür, die Beziehungen mit Russland zu verschlechtern. Damit wiederum werde den russischen Kalten Kriegern in die Hände gespielt, die, getrieben von ihrer »parochialen Mentalität und alten Stereotypen«, gegen Amerika kämpfen wollten und damit Russland in einen ruinösen Isolationismus trieben. Amerikaner wie Russen dürften nicht die Schaffung einer »unheiligen Allianz« zwischen den am meisten rückwärts gewandten Elementen ihrer jeweiligen politischen Klasse erlauben. Russland dürfe zweitens mit Blick auf die »demokratische Rhetorik« der USA und Europas »nicht zu zynisch« sein, wie man dies manchmal im eigenen Land gegenüber der entsprechenden innerrussischen Rhetorik sei. »Viele Menschen, einschließlich politischer Führer«, so Karaganov in einem bemerkenswerten Satz mit Blick auf den Westen, »glauben an das, was sie sagen, und wenn wir mit der entwickelten und relativ freien Welt zusammen sein wollen, sollten wir beginnen, gemäß den allgemeinen Regeln des Spiels zu spielen, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.« Drittens solle Russland nicht selbstgefällig werden und Kritik nicht fürchten, sie vielmehr beachten; gleichwohl solle das Land seinen eigenen Weg gehen und sich zum eigenen Nutzen modernisieren, stärken und demokratisieren. Schließlich dürfe Russland, so Karaganov, trotz vielfältigen Drucks, nicht zur »friedlichen Koexistenz« von einst zurückkehren. »Wir sind durch die Tragödie der Konfrontation gegangen. Wir sollten uns nicht auch noch auf eine Farce einlassen.«

Als ein ganz eigener Vertreter der konservativen russischen Denkweise zeigt sich in seinem bereits angeführten Aufsatz einmal mehr **Vitalij Tret'jakov**. Er sieht Europa »erschreckt und verwirrt« ob des wiedergeborenen Russland, seiner Macht und Souveränität. Doch die Mehrzahl der Staaten, so der Autor, begrüße

die Entwicklung und betrachte das wiedererstarke Russland als willkommenes Gegengewicht zu anderen globalen Akteuren, insbesondere zu den übermäßig einflussreichen USA und potentiell auch zu China. Dies sollten auch diejenigen als positiv betrachten, denen der Wiederaufstieg Russlands Furcht einflöße. Russland sei zusammen mit Westeuropa und den USA eines der drei Zentren der »euroatlantischen christlichen Zivilisation«; es verteidige im Osten die Grenzen und die Sicherheit der Europäischen Union und der Nato, die ohne Russland einem Angriff aus dieser Richtung nicht standhalten würden. In dieser Sicht liege es nicht nur im Interesse Russlands, sondern auch der übrigen Welt, wenn Russland den Anspruch erhebe, einer der globalen Schlüsselakteure, eines der wenigen »maximal souveränen« Subjekte der Weltpolitik zu sein.

Zu diesem Behuf indessen müsse Russland seine Macht in einem Umfang erneuern, der es ihm gestatte, das gesteckte Ziel zu erreichen, selbst wenn andere Widerstand leisteten. Konkret bedeutet dies laut Tret'jakov, dass Russland im postsowjetischen Raum eine zivilisatorische, politische und militärische Führungsrolle spielen wolle. Dazu müsse ein Militärbündnis der Staaten gebildet werden, die früher zum Bestand der UdSSR gehört hätten; es müsse noch über die bestehende Organisation für kollektive Sicherheit hinausgehen und solle in Absprache mit der Nato und mit dieser zusammen für die Sicherheit in Europa und den asiatischen Territorien Russlands verantwortlich sein.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht solle Russland wiedererstehen: Es wolle in den Kreis der wesentlichen wirtschaftlichen Akteure zurückkehren. Dazu müsse es über einen entsprechenden Markt von 200 bis 300 Millionen Menschen verfügen. Außerdem dürfe der Rubel nicht nur die gemeinsame Währung des wirtschaftlichen Bündnisses sein, das sich um Russland herum bilde; vielmehr müsse Russland alles tun, um den Rubel zusammen mit dem Dollar, dem Euro und dem Yuan zu einer Weltwährung zu machen. Es sei vollkommen ausgeschlossen, dass Russland einem fremden Währungssystem beitrete.

Russland werde weiterhin die Wiedervereinigung der »größten geteilten Nation Europas« anstreben: der Russen. Das müsse nicht in Form einer Angliederung von Gebieten anderer Staaten geschehen, in denen die russische Bevölkerung überwiege, sondern könne im Wege eines Bündnisses selbständiger Staaten nach dem Muster der EU erfolgen. »Doch im Falle der Übergabe von historisch russischen Gebieten gegen den

Willen der dort lebenden russischen Bevölkerung an die Souveränität anderer, insbesondere Russland gegenüber nicht freundlich eingestellter militärischer Blöcke und Bündnisse kann sich die Frage der Wiedervereinigung der russischen Nation auch in brutaler politischer Form stellen.«

Russland sei, wie Tret'jakov ohne weitere Begründung feststellt, der wesentliche Garant der territorialen Unversehrtheit praktisch aller Staaten des postsowjetischen Raumes. Doch werde das Land diese Garantie nicht aufrechterhalten, wenn ein Staat eine Politik führen sollte, die den Interessen Russlands, der russischen Bevölkerung oder anderer Völker widerspräche, die sich historisch Russland zugehörig fühlten, mögen sie heute auch außerhalb der offiziellen Grenzen leben. Tret'jakov schwächt diese martialische Aussage sogleich ab: Militäraktionen seitens Russland könne man ausschließen, nicht aber ein Vorgehen nach der Formel »Territorium opfern – das Volk retten«. Russland sei schließlich der einzige »historisch natürliche, bündnisbildende Staat im Osten Europas«. Von dieser Eigenschaft könne es sich nicht lossagen, denn sie liege auch im Interesse anderer Völker, etwa derjenigen, die die Auflösung der Sowjetunion nicht anerkannt hätten und die »mit der Waffe in der Hand« immer für ein Bündnis mit Russland optiert hätten: Pridnestrovie, Abchasien, Südossetien.

Wer die Erhaltung der europäischen, christlichen Zivilisation wolle, so Tret'jakov am Schluss seines Artikels, der könne in der Wiedergeburt Russlands keine Bedrohung sehen. Das Land habe die Mission, diese Zivilisation mitsamt der ihr innewohnenden europäischen Werte, die es über die sibirische Landmasse bis an den Pazifik ausgedehnt habe, dort zu erhalten, im Interesse Russlands selbst wie auch der euroatlantischen Zivilisation. Im übrigen sei die Frage, ob der Wiederaufstieg des Landes ein Segen oder eine Gefahr darstelle, nicht mittels der Logik zu beantworten. Dies sei vielmehr – einmal mehr macht sich der wesentliche russische Mythos bemerkbar – eine Frage des Glaubens und des historischen Gedächtnisses. Russland jedenfalls werde den einmal eingeschlagenen Weg seiner Wiedergeburt weitergehen.

Eine einleuchtende Sicht der sich gegenwärtig immer deutlicher abzeichnenden Gegensätze zwischen Russland und dem Westen hat **Dmitrij Furman**, Publizist und Mitarbeiter des Moskauer Europa-Instituts, der immer wieder mit grundlegenden Artikeln hervortritt. In einem im März in der *Nezavisimaja gazeta* unter der Überschrift »Ein lautloser Kalter Krieg« erschienenen Artikel sieht er zwischen

Russland und dem Westen eine Fortsetzung des Kalten Krieges vor sich gehen, der allerdings weniger bedrohlich sei und, so seine zur Überschrift geratene These, gleichsam im Stillen vor sich gehe, auch wenn die in der russischen politischen Klasse zu vernehmenden Alarmmeldungen (»Georgien und Ukraine verloren, Transnistrien belagert, Belarus bedroht!«) für ihn wie Berichte von der Front klingen. Der Kampf zwischen Russland und dem Westen um die Ukraine und Belarus sei, so Furman, eine direkte Ausdehnung der Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und dem Westen um Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Die Unterstützung, die der Westen den Präsidenten der Ukraine und Georgiens leiste, sei eine Fortsetzung der seinerzeitigen Hilfe für Alexander Dubček und Lech Walesa. Umgekehrt sei Russlands Hilfe für Alexander Lukaschenko nichts anderes als die Fortführung der Hilfe für die kommunistischen Regime im damaligen Osteuropa. Warum, so fragt der Autor zu Beginn seines Artikels, hat diese Auseinandersetzung nicht mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und mit der Erklärung Russlands zum demokratischen und marktwirtschaftlich orientierten Staat aufgehört?

Furman findet die Antwort im Charakter des heutigen Russland. So wie das Verhalten einer Person gegenüber anderen Menschen davon bestimmt sei, was für ein Mensch diese Person ist, werde die Außenpolitik eines Staates von der Art dieses Staates determiniert. Die Natur einer Gesellschaft manifestiere sich in ihrer Außenpolitik. Das gelte auch für Russland und seine Gesellschaft, die Furman als in einer eigentümlichen Gemengelage befindlich sieht. Der Autor wörtlich:

»Die russische Gesellschaft hat nominell mit ihrer sowjetischen Vergangenheit gebrochen und demokratische Werte angenommen. Es existiert keine ernsthafte und reale ideologische Alternative zur Demokratie, und es ist zu bezweifeln, dass es jemals eine geben wird. Doch ist diese Gesellschaft unfähig dazu, in Übereinstimmung mit demokratischen Werten zu leben. Sie schafft erneut ein System »unangefochtener Macht«, das zunehmend dem Sowjetsystem ähnelt, jedoch ohne jede ideologische Grundlage ist.«

Dieses als Demokratie getarnte System verlange, so Furman, nach Partnerschaft mit dem Westen; doch sein autoritärer und »gelenkter« Charakter mache eben dies schwierig. So könne Russland sich nur sicher fühlen, wenn es von Staaten desselben Typs, also von »gelenkten Demokratien«, umgeben sei, die man denn auch in der GUS und anderswo unterstütze, etwa in

Serbien, dem Nahen Osten und auch in Venezuela. Alles sei erneut, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, eine Frage des Überlebens: Die gelenkte Demokratie Russlands werde aufhören zu existieren, wenn das Land von wirklichen Demokratien umgeben sei.

Der Westen unterstütze umgekehrt die Herausbildung von Systemen, die dem seinen ähneln, um so seine Sicherheitszone auszudehnen. Russland bekämpfe naturgemäß diese politischen Züge. Als Konsequenz verwandelten sich die internen Auseinandersetzungen in den Staaten der GUS in eine Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen. Die Opposition in diesen Staaten schaue nach Westen; und auch deren Präsidenten wollten ungetrübte Beziehungen zum Westen, weil diese ihnen eine Art von Legitimität verliehen. Wenn sie allerdings Gefahr liefen, ihre Macht zu verlieren, wie seinerzeit Leonid Kučma in der Ukraine und Islam Karimov vor kurzem in Uzbekistan, wüssten sie, so Furman, dass sie in Russland einen Verbündeten besitzen, auf den sie sich in schwierigen Zeiten verlassen können.

Demgemäß sei die Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen in der GUS ein Kampf zwischen zwei unvereinbaren Systemen, wie seinerzeit zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Der Unterschied bestehe nur darin, dass die »gelenkte Demokratie« Russlands keinerlei ideologische Grundlage habe und der Kreml daher diesen Kampf verdeckt führen müsse, ohne seine Ziele zu erklären oder sie sich selbst einzugestehen. Wir können nicht zugeben, so Furman, dass unser wirkliches Ziel darin besteht, faire und freie Wahlen in den GUS-Ländern zu verhindern. Dem entspreche es, dass diese russische Politik vom Kreml nicht, wie seinerzeit etwa die »friedliche Koexistenz«, klar formuliert werden könne. Wo aber keine Sprache sei, könne es, so Furman, keine durchdachten Konzepte und Strategien geben. Der Autor sieht darin einen Grund für manche der außenpolitischen Misserfolge Russlands wie für dessen Schwäche allgemein. Das gegenwärtige System sei gezwungen, zwei sich widersprechende Ziele gleichzeitig zu verfolgen: Zugang zur Gesellschaft des Westens und Opposition gegenüber dem Westen, wann immer möglich.

Furman sieht allerdings noch tiefere Gründe für russische Misserfolge. Sie liegen in der von ihm als solche gesehenen Tatsache, dass gelenkte Demokratien in Wirklichkeit eine weiche Variante des Sowjetsystems sind. Auch ihnen fehlt, so der Autor, das freie Spiel der politischen Kräfte; auch sie kennen keinen Machtwechsel, der ihren Gesellschaften er-

laubt, sich neuen Herausforderungen anzupassen. Der Mangel einer ideologischen Basis und der Widerspruch zwischen Form und Inhalt mache diese Regime sogar fragiler und instabiler als die Systeme kommunistischen Typs. Gelenkte Demokratien sind damit für Furman natürliche Stadien des Übergangs in Gesellschaften, die aus dem kommunistischen System zwar herausgewachsen, aber noch nicht bereit dafür sind, unter demokratischen Bedingungen zu leben.

Furmans Prognose mit Blick auf Russland und dessen Auseinandersetzung mit dem Westen: Der Kalte Krieg, der in verschleierter Form andauere, werde nur aufhören, wenn Russland von der gelenkten Demokratie zu einer wirklichen Demokratie übergehe. Wenn die Struktur der russischen Gesellschaft sich wandle, werde sich auch das gesamte System der nationalen Interessen des Landes wandeln. Russlands Probleme würden von selbst verschwinden, so wie der Sieg der Demokratie in Europa scheinbar ewige Probleme beseitigt habe. Doch bevor es dazu komme, werde es, so die einigermaßen düstere Vorhersage Furmans, zu neuen Schlachten und neuen Niederlagen für Russland kommen.

»Energiesupermacht« Russland

Die neue russische Machtwährung – Öl und Gas – ist bereits im Jahr 2002 von **Vitalij Tret'jakov**, damals Herausgeber der – kurzlebigen – Zeitschrift *Mirovaja energetičeskaja politika* (»Globale Energiepolitik«) zum Thema gemacht worden. Tret'jakov schrieb zu jener Zeit mit Blick auf die Russische Föderation, nur ein Land, das über einen Energiekomplex verfüge, könne ein vollwertiger Akteur in der internationalen Arena sein; darüber hinaus hatte er den Einsatz von Öl und Gas als Instrument der Politik befürwortet.¹ Tret'jakovs Forderung, Russland müsse seinen Reichtum, also seine Rohstoffe, mittels »Energiediplomatie« nutzen, scheint im Kreml inzwischen Widerhall gefunden zu haben; in den Fachzeitschriften des Berichtszeitraumes sind Öl und Gas zum bestimmenden Thema geworden, das sich in nahezu jedem Heft wiederfindet.

Ein kontrafaktisches Experiment

Ljudmila Telen', Chefredakteurin der seit Ende 2005 erscheinenden Zeitschrift *Bol'saja Politika* (»Große Politik«), in der die Lage im In- und Ausland kritisch und mitunter polemisch betrachtet wird, gibt in der ersten Nummer 2006 den Ton an, indem sie in einer Glosse die seit langem in Russland wie im Westen mit Blick auf Präsident Putin gestellte Frage beantwortet: »Who Is Mister P?« Beim Wechsel der Jahrhunderte sei Russland unerwartet etwas Gutes widerfahren. Gerade zu der Zeit habe »er« – eben der vielberufene »Mister P« – die Führung des Landes übernommen, und schon sei das Leben in Ordnung gekommen. Telen' schreibt ihm alle positiven Entwicklungen der letzten Jahre zu: Dank ihm sei die Inflation zurückgegangen und die Produktion gewachsen, seien die Realeinkommen gestiegen, weise der Haushalt einen Überschuss auf, verringere sich die Verschuldung Russlands, wachse die Kreditwürdigkeit des Landes, übernehme der Staat ganze Sektoren der Volkswirtschaft. Er habe die Kritiker der Möglichkeit beraubt, auf dem Klavier der

Misserfolge des Kreml zu spielen, habe den Menschen eine nationale Idee und allen Anlass zu Stolz gegeben. Dank ihm könne das Land von der Rückkehr zu alter Größe und von der Wiederherstellung des Imperiums von Meer zu Meer träumen. Den Einwohnern Russlands habe er ermöglicht, den Unterschied zu den Staaten zu fühlen, in denen man zu aller Unglück ohne ihn auskommen müsse. Dort müssten die Menschen sich allein auf sich selbst verlassen, seien zu Reformen genötigt, nähmen die Verantwortung für ihre Gegenwart und ihre Zukunft auf sich und errichteten mit letzten Kräften eine Zivilgesellschaft. Sie wechselten Regierungen aus, erlaubten sich Übergriffe gegen die Strukturen der Macht, versanken im Kampf gegen die Korruption und hofften auf Beitritt zu WTO, Nato und anderen Bündnissen. »Wenn er nicht wäre«, so Telen', »würde auf Russland derselbe Weg warten.« Für die Autorin ist es keine Frage, wer dieser Mann, wer Mr. P ist: »Er trägt einen einfachen lateinischen Namen: Petroleum.« Und er habe einen guten Preis: 60 Dollar pro Barrel. Russland ist damit, so die Autorin maliziös, zu seinen ewigen Werten zurückgekehrt. Ljudmila Telen' relativiert also die Erfolge, die Präsident Putin zugeschrieben werden, und führt sie letztlich auf den Preissprung bei Öl und Gas zurück. Ihr Artikel ist gleichsam ein kontrafaktisches Experiment: Was wäre, so fragt sie rhetorisch, wenn der Ölpreis wie Ende der achtziger Jahre auf ein weitaus niedrigeres Niveau fiele?

Energiedoktrin oder Energiepolitik?

Wie aber soll Russland sich künftig mit Blick auf Öl und Gas verhalten? Wie kann die Energiedoktrin aussehen, die von manchen gefordert wird, welche Energiepolitik soll das Land betreiben? Diese Fragen werden im September/Okttober-Heft der Zeitschrift *Svobodnaja mysl'* (»Freies Denken«) behandelt, die von 1924 bis 1952 unter der Bezeichnung »Bolschewik« und danach bis 1991 als »Kommunist« erschien und die heute ein Forum aufgeklärter politischer Auseinandersetzung ist. Dort finden sich zwei Aufsätze zum Thema, wie man sie sich gegensätzlicher kaum vorstellen kann. Zunächst äußert sich **Michail Deljagin**,

¹ Vgl. Falk Bomsdorf, *Russland: Rückkehr in die Weltarena*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Februar 2003 (SWP-Zeitschriftenschau 5/2003), S. 2, 4f.

Direktor des Moskauer Instituts für Probleme der Globalisierung, zur »Energiedoktrin Russlands«; danach stellt **Vladislav Inozemcev**, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift, dar, was er unter einer, so der Titel seines Artikels, »vernünftigen Energiepolitik« versteht.

Deljagin wird in seinem Artikel seinem Ruf gerecht, alles auszusprechen, was viele zumindest bisher gerade mit Blick auf den Westen nur dachten und nicht immer offen äußerten. Jedenfalls ist die von ihm skizzierte künftige Energiedoktrin Russlands Ausdruck einer Haltung, mit der viele Angehörige der russischen politischen Klasse in ihrer vor allem geopolitischen Denkweise die Nutzung von Öl und Gas zu politischen Zwecken befürworten. Deljagins Ausgangspunkt ist seine Überlegung, dass die hohen Erlöse für Öl und Gas für Russland nicht ewig fließen und wohl nicht mehr als zehn Jahre zu erzielen sein würden. Die Technologie schreite fort, mit der Folge, dass die Abhängigkeit der Weltwirtschaft von fossilen Energieträgern geringer werde und diese sich »dramatisch« verbilligten. Gewinner dieser Entwicklung werde vor allem China sein, dessen Stärken – »maximale Organisiertheit, Qualität der staatlichen Lenkung, gelassene Haltung zum Recht auf geistiges Eigentum« – das Land zur Quelle und zum Zentrum der neuen Technologien lassen werde. In dieser Perspektive seien Öl und Gas für Russland nicht nur kommerzielle, sondern vor allem »strategische, geopolitische Ressourcen«. Zu ihrer richtigen Nutzung bedürfe es eines grundlegenden Umdenkens, einer neuen »Energiedoktrin Russlands«. Nur dann könne Russland künftig – Deljagin führt Jugoslawien 1999 und Irak 2003 an – auf den Einsatz militärischer Macht durch die USA »mit Energiemacht« antworten.

Der erste Schritt in Richtung einer russischen Energiedoktrin müsse es sein, die »Energiesouveränität« Russlands wiederherzustellen. Das Land müsse sich von allen »kolonialen Vereinbarungen« lossagen, die mit den »globalen Monopolen« in der ersten Hälfte der neunziger Jahre getroffen worden seien und die ihm, wie etwa die *Production Sharing Agreements* (PSA), Schaden zufügten. Weiter müsse dafür gesorgt werden, dass künftig das russische Kapital bei der Förderung fossiler Energieträger maximalen Einfluss erhalte. Russland besitze genug Mittel, um Projekte jeden Umfangs selbständig zu verwirklichen. Ausländische Firmen sollten nur zugelassen werden, sofern sie über die Technologien verfügten, die Russland noch fehlten, und zwar möglichst unter der Bedingung, dass sie diese Technologien an russische Firmen übertragen.

Nur im äußersten Falle, wenn nämlich die Erschließung einer Lagerstätte außergewöhnlich schwierig sei, will Deljagin ausländische Firmen als Investor und Mitglied eines Konsortiums zulassen, doch auch dies nur unter ausnahmslos russischer Kontrolle. Die Pipelines müssten ebenfalls fest in russischer Hand bleiben; ausländisches Kapital dürfe keinen Zugang haben. Das hartnäckige Bestreben der EU, Russland mittels der Energiecharta seines natürlichen Vorteils zu berauben, nämlich seiner Verfügung über das Pipelinenetz, »geschaffen von Generationen von Sowjetmenschen«, erinnert den Autor an die Versuche »zügelloser Revolutionäre« von einst, fremde Frauen zu vergesellschaften. Darüber hinaus sei es die strategische Aufgabe Russlands, die volle Kontrolle über Pipelines jeder Art im gesamten postsowjetischen Raum zu erlangen. Mit allen Mitteln und um jeden Preis müsse das Projekt einer Gasleitung aus Kasachstan in die Türkei unter Umgehung Russlands verhindert werden, ebenso wie jedes andere Vorhaben, das Russland vom »lebenswichtigen Gas Turkmenistans und Uzbekistans« abschneide. Deljagin hält es für unerlässlich, einen »umfangreichen Komplex verschiedener Maßnahmen« auszuarbeiten, die schon den Gedanken an derartige Projekte zu einem »absoluten Tabu für ausnahmslos alle Vertreter nicht nur der zentralasiatischen, sondern der weltweiten Eliten« mache.

In dieser Perspektive fordert der Autor »kommerzielle Initiative und gesunde Aggressivität« russischer Firmen nicht nur in Russland selbst, sondern auch in den Nachbarländern, vor allem im postsowjetischen Raum, dessen Energiemarkt vollständig von russischen Firmen kontrolliert werden müsse. Deljagin betrachtet jede Tonne Öl und jeden Kubikmeter Gas, der dort unter Beteiligung ausländischen Kapitals gefördert werde, als »Schande für Russland und als Verletzung seiner nationalen Interessen, als Untergrabung seiner wirtschaftlichen und letztlich auch politischen Souveränität«. Dem entspricht die Meinung des Autors, der Staat müsse die Expansion russischer Firmen ins Ausland mit allen Mitteln organisieren, lenken und fördern. Grundlegendes Prinzip sollte dabei »die Lieferung relativ billiger russischer Energieträger im Austausch gegen strategisch wichtiges Eigentum der entsprechenden Länder« sein. Zu diesem Zweck empfiehlt Deljagin die Schaffung einer prorussischen Lobby dort, natürlich mit »Energiegeld«, nicht aber eine »fruchtlose und schockierende Energieerpressung« oder gar »kontraproduktive« und »für Russland verheerende« Gaskriege.

Deljagin sieht indes Hindernisse: Protektionismus und die Kompaktheit des politischen Geländes der entsprechenden Staaten, mit dessen »Auflockerung« die ineffektive russische Bürokratie überfordert sei, ließen eine Erschließung dieser Länder durch russische Energiefirmen eher als nur begrenzt möglich erscheinen. Man müsse sich wohl darauf beschränken, den Verarbeitungsgrad von Energieträgern in Russland zu erhöhen, und sich den Verbrauchern annähern. So stehe in den nächsten Jahren der Durchbruch von Gazprom zu den Verteilungsnetzen der EU-Länder an. Dabei seien prioritäre Ziele Großbritannien, Deutschland, Italien, Griechenland und – als Schlüssel zu Frankreich – die Niederlande. Als »ständiges Instrument der Einwirkung« auf die EU in dieser Richtung empfehle sich für Russland die Nutzung der Möglichkeit, seinen Energieexport teilweise in Richtung Osten umzuorientieren. Darüber hinaus könne Russland auch seine Beziehungen zu Iran, Kazachstan und China verstärken, bis hin zum Abschluss eines Bündnisses, mit dem der Weltmarkt für Energieträger aufgeteilt werde.

Drei Forderungen stellt Deljagin am Schluss seines Artikels: Erstens müsse der Export von Energieträgern wie von Rohstoffen – hier klingt die auch von Tret'jakov erhobene Forderung an – allgemein auf Rubelbasis erfolgen, damit so das globale wirtschaftlich-finanzielle System im Interesse Russlands umgestaltet werden könne und der Rubel zur Reservewährung werde. Zweitens müssten die Einkünfte aus dem Export von Rohstoffen zur umfassenden Modernisierung Russlands verwandt werden. Drittens müsse – mit Hilfe dieser Modernisierung – die Verteidigungsfähigkeit des Landes und die Sicherheit seiner Führung garantiert werden; denn die wesentliche Veränderung der globalen Finanzflüsse zugunsten Russlands, wie sie die neue Energiedoktrin mit sich bringe, stelle – Deljagin hat offenbar seinen Marx gelesen – für die entwickelten Länder eine erhebliche Versuchung dar, mit dem Mittel der Gewalt die Rückkehr zu jenen Verhältnissen zu erzwingen, die die Ausbeutung der Reichtümer Russlands im kolonialen Stil erlaubten.

Inozemcevs Ausführungen lesen sich wie eine Kritik an der Energiedoktrin, wie sie Deljagin und seine vielen Gesinnungsgenossen vertreten. Seine Kernthese: Eine verantwortungsvolle Energiepolitik eines wahrhaft großen Landes, wie es Russland sei, müsse sein Potential an Energieträgern zur Lösung rein wirtschaftlicher Aufgaben einsetzen, nicht aber zur Erreichung politischer Ziele. »Verantwortungsvoll«

heißt im konkreten Fall für ihn, dass Öl und Gas für Russland kein Mittel politischen Drucks auf den Westen sein dürften, was sie angesichts der Alternativen, die der Westen besitze, auch nicht sein könnten. Die Beziehungen Russlands zu den Abnehmern seiner Energieressourcen müssten vielmehr in höchstem Ausmaß entpolitisiert sein und sich nach den Gesetzen eines globalen freien Marktes für Energieträger richten, der die Grundlage für Energiesicherheit im 21. Jahrhundert sei. Russland habe auf diesem Markt einen wesentlichen Vorteil: Es sei ein europäisches Land wie die Abnehmer seiner Ressourcen auch. Diesen Vorteil gelte es zu nutzen, und zwar in erster Linie durch die Schaffung von Vertrauen zu den Ländern der Europäischen Union, die der wesentliche Handelspartner Russlands sei.

Im Unterschied zu den energiepolitischen Hardlinern – also zu fast allen – sieht Inozemcev demgemäß im Beitritt Russlands zur Europäischen Energiecharta keineswegs eine Katastrophe. Der freie Fluss von Öl und Gas aus Zentralasien nach Europa sei für Russland von Vorteil. Er bringe Geld in die Kassen und führe zu Investitionen in die Infrastruktur. Außerdem ziehe er eine positive Entwicklung der Beziehungen Russlands zu den zentralasiatischen Staaten nach sich. Diese könnten nicht daran interessiert sein, zu einem Rohstoffanhängsel Chinas zu werden; daran sei auch Russland nicht gelegen, da China im 21. Jahrhundert eher ein Gegner denn ein Verbündeter sein werde. Eine Verhinderung des entsprechenden Transits dagegen habe einen ungeheuren Verlust an Vertrauen zur Folge, wie man jetzt schon – Inozemcev nennt die Ablehnung der Deutschland von Präsident Putin zugedachten Sonderrolle bei der Erschließung des Stokman-Feldes durch Bundeskanzlerin Merkel – sehen könne. Es sei von Vorteil für Russland, so das Fazit des Autors, wenn es sich als »freundschaftlicher« und »zivilisierter« Energielieferant positioniere, gerade weil der Rohstoffmarkt eher nach den Gesetzen des Krieges denn der Zusammenarbeit funktioniere.

Inozemcev beklagt das Verhalten Russlands im Innern wie nach außen: Öl und Gas ließen das Land verschwenderisch und aggressiv werden; die Zahl der Staatsdiener wachse kontinuierlich, während die Armut praktisch nicht zurückgehe; die steigenden Preise für Öl und Gas hätten nicht nur nicht zu mehr Stabilität in und um Russland geführt, sondern die schwelenden Konflikte – mit der Ukraine und Georgien, mit den zentralasiatischen Staaten und der Europäischen Union – eher noch verschärft. Die russische Führung habe sich bisweilen »nicht völlig adäquat«

verhalten, etwa indem sie das Projekt »Sachalin-2« blockierte oder sich von dem Vorhaben einer Zusammenarbeit mit westlichen Firmen bei der Erschließung des Stokman-Feldes abkehrte und unmittelbar darauf Deutschland Avancen machte.

Inozemcevs Vorhersage: In den nächsten drei bis fünf Jahren könnten sich Angebot und Nachfrage auf dem Energiemarkt wesentlich ändern. Dann würden sich diejenigen Förderländer in einer besseren Position befinden, die mit den Abnehmerländern enger verknüpft seien, auch durch politische Bande. Verlieren würden diejenigen, die heute eine konfrontative Politik führten und die die Mittel aus den Verkäufen von Energieträgern verbrauchten, indem sie damit ihre Bürokratie hätscheln. Der größte Nutzen dagegen würde jenen Ländern zufallen, die es verstünden, mit ihren Öleinkünften eine wettbewerbsfähige Industrie aufzubauen.

Inozemcevs Ausführungen sind eine kaum verhüllte Kritik an der Haltung seines Landes, dessen Führung er denn auch am Ende seines Artikels zur Ausarbeitung einer Energiestrategie für die nächsten 25 Jahre aufruft. Diese Strategie müsse »vernünftig und verantwortungsvoll« sein und sowohl den Energiekomplex wie die Wirtschaft insgesamt fördern; sie müsse eine »Zone der guten Nachbarschaft und des Friedens« um Russland herum schaffen und die wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zur EU stärken; schließlich müsse sie auf die Debürokratisierung der staatlichen Strukturen abzielen und dürfe in keinem Falle dem weiteren Aufstieg der »aggressiven Oligarchie« dienen, die nicht in der Lage sei, eine moderne und wettbewerbsfähige offene Wirtschaft zu lenken. Das Potential Russlands als »Energiesupermacht«, so der Autor in seinem letzten Satz, würde am wirkungsvollsten genutzt, wenn man die durch diesen Status eröffneten Möglichkeiten und erzielten Einkünfte dazu einsetzte, diesen Status überflüssig zu machen; dann nämlich höre Russland auf, das Rohstoffanhängsel des Westens zu sein, das es bis heute sei.

Kritik an den Rohstoffideologen

Kritisch zum Thema äußert sich auch **Vladimir Milov**, zeitweilig stellvertretender Energieminister unter Jelzin, gegenwärtig Direktor des Moskauer Instituts für Energiepolitik und einer der kenntnisreichsten und aufgeklärtesten Teilnehmer an der russischen Energiediskussion, in einem Gespräch mit dem Jour-

nalisten **Evgenij Kvitko**, das unter dem Titel »Gas ist ein Hemmnis« in der ersten Nummer von *Bol'saja Politika* abgedruckt ist. Zur Einführung schreibt die Redaktion, die selbsternannte russische Elite habe ihr politisches Ziel unterdessen abschließend formuliert: Russland als ein neues Imperium, dessen Macht nicht in Sprengköpfen oder Kilotonnen, sondern in Barrel und Kubikmetern gemessen werde. Auch für Milov ist klar, dass der Kreml die Energieressourcen des Landes zur Lösung politischer Aufgaben nutzen will, und zwar innen- wie außenpolitischer Art. Im Innern solle die Kontrolle über die wesentlichen Geldflüsse hergestellt werden, um mit ihrer Hilfe populistische Projekte zu finanzieren. Nach außen versuche die Macht, Gas bald als Zuckerbrot, bald als Peitsche zu verwenden. Milov hält das für falsch – die Wirtschaft müsse von der Politik getrennt werden. In der Welt gebe es kein Beispiel für den erfolgreichen Einsatz von Rohstoffen zu politischen Zielen, wohl aber Beispiele für Misserfolge. Das russische Vorgehen gegenüber der Ukraine sieht Milov als schlichte Rache: Viktor Juščenko habe es gewagt, gegen den Willen von Vladimir Putin Wahlen zu gewinnen. Doch die Reaktion des Kreml habe sich als kontraproduktiv erwiesen und nur das antirussische Sentiment in der Ukraine und in Europa verstärkt. In einer Situation, in der die Europäer, wie bereits vor fünf Jahren von Brüssel formuliert, ihre kritische Abhängigkeit von Russlands Öl und Gas durch Diversifikation verringern wollten, wäre es logisch gewesen, dem Westen vor Augen zu führen: Fürchtet uns nicht – wir sind ein stabiler und verlässlicher Partner. Wie aber habe sich der Kreml verhalten? Er habe die Ukraine eingeschüchtert und damit das Gegenteil von dem getan, was notwendig gewesen wäre.

Generell sei Energie eine außerordentlich schwierige Materie: Die gegenseitige Abhängigkeit sei hoch, militärische Methodik fehl am Platze. Nicht einmal die Sowjetunion, die doch Westeuropa mit Nuklearkraft bedroht habe, habe sich je ein, wie es Milov ausdrückt, Gasultimatum erlaubt. Mit Blick auf diesen Energieträger seien die Beziehungen der UdSSR zum Westen stets außerhalb der Grenzen von Kaltem Krieg und Feindseligkeit gegenüber der Nato geblieben. Gegenwärtig allerdings setze der Kreml in einer Art und Weise auf Öl und Gas, die für Russland ohne Beispiel sei. Der Präsident habe in der Tat begonnen, ein Energieimperium zu errichten, freilich eher, wie Milov meint, intuitiv, ohne ausgearbeitete Strategie. Wie dieses Imperium aussehen, welchem Zweck es dienen solle, diese Fragen habe sich der Kreml gar

nicht gestellt. Besitzt Russland, so fragt Milov, eine Basis, auf der ein Energieimperium gründen könne? Milov sieht keine solche Grundlage. Wolle man sich etwa auf die Staatsfirmen verlassen, mit ihrer stagnierenden Förderung und ihren ungeheuren Schulden? Auf die Ressourcen, die theoretisch existierten, aber in der Praxis mangels praktikablem Investitionsmodell unzugänglich seien? Oder auf die ineffizienten staatlichen Strukturen? Der Kreml, so Milovs Urteil, errichte sein Energieimperium in einem Sumpf.

Je mehr sich der Staat den Öl- und Gassektor aneigne, desto geringer werde die Profitabilität. Der Staat sei ein ineffizienter Unternehmer: Wo er wirtschaftete, könne man keine wirksame Kontrolle, keine Transparenz erwarten. Milov beruft sich auf seine Tätigkeit als stellvertretender Minister für Energie, bei der er für die im Staatseigentum befindlichen Förderfirmen verantwortlich gewesen sei: Seitdem wisse er, was Staatskontrolle bedeute. Auch deswegen vertritt er die – wie er weiß, in Russland nicht populäre – Auffassung, man habe Mitte der neunziger Jahre einen großen Fehler gemacht, indem man den Erwerb von Aktivposten des russischen Rohstoff- und Industriesektors durch ausländisches Kapital nicht zugelassen habe. Heute herrsche im Lande die irrige Vorstellung, die Oligarchen hätten den Staat beherrscht, bis Präsident Putin gekommen sei und sie besiegt habe. In Wirklichkeit seien die alten nur durch neue Oligarchen abgelöst worden, etwa durch die Chefs der großen Staatsunternehmen vom Schlage Gazprom oder Rosneft.

Milov hält es noch nicht für zu spät, ausländisches Kapital in den Öl- und Gassektor fließen zu lassen. Auf diese Weise gelange Technologie, Marketingerfahrung und eine Geschäftskultur auf den russischen Markt, wie sie die staatlichen russischen Firmen nicht zu bieten hätten. Im übrigen solle der Staat Eigentümer der Bodenschätze bleiben und die Industrie auf transparenter Grundlage das Recht auf langfristige Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen erhalten, einschließlich der Ausarbeitung neuer Vorhaben, der Auswahl der Absatzmärkte und Investoren. Dafür bekomme der Staat Steuern und Abgaben. Mit diesen Mitteln solle er sich der Entwicklung anderer Bereiche der russischen Industrie widmen, also nach westlichem Verständnis Industriepolitik betreiben. Schließlich weise Russland – hier argumentiert Milov gegen die Vertreter der These von Russland als einem »petrostate« – nicht die Strukturen auf, wie sie etwa Venezuela oder Nigeria besäßen: Öl und Gas machten nur ein Drittel der russischen Volkswirtschaft aus, die ansonsten durchaus

differenziert sei und die Struktur eines entwickelten Industrielandes aufweise.

In einem Exkurs geht Milov auf die Ostseepipeline ein, die Gas aus Russland unmittelbar nach Deutschland leiten soll. Er sieht das Projekt als äußerst risikoreich an, und zwar in erster Linie für Russland selbst: Die Pipeline leite russisches Gas auf einen Markt, auf dem es viele Konkurrenten gebe und keine garantierte Nachfrage; die Kosten würden sich nicht auf die veranschlagte Summe beschränken; noch immer gebe es keine detailliert ausgearbeiteten Pläne für den Bau der Pipeline; die Bedingungen in der Ostsee seien schwierig. Aus diesen Gründen hält Milov eine Streckenführung durch Polen hindurch für sehr viel sinnvoller, doch lehne der Kreml dies aus politischen Gründen ab und bleibe bei seinem Ostseeprojekt. Hinter diesem stünden wirtschaftliche, aber auch politische Interessen. Bei Gazprom habe trotz der sich verschärfenden Krise bei der Gasförderung der Bau von Gasleitungen für den Export Priorität; das Unternehmen verdiene über sein System von Tochterfirmen am Bau entsprechender Leitungen, auch wenn sie nicht in jedem Fall der Nachfrage entsprächen. In politischer Hinsicht wolle der Kreml es auf der einen Seite denen zeigen, die es gewagt hätten, um Aufnahme in die Nato und die EU zu bitten. Auf der anderen Seite sei die Ostseepipeline Teil der Strategie des Kreml, Deutschland mit dem Hebel der Energieressourcen gleichsam abzusondern und aus dem gesamteuropäischen Kontext herauszulösen. Offenbar nimmt Milov an – und die politische Entwicklung scheint ihn zu bestätigen –, der Kreml wolle Deutschland gleichsam zum Gasagenten Russlands beziehungsweise, was dasselbe ist, von Gazprom machen und das Gazprom-Monopol mit Hilfe deutscher Firmen auf Europa ausdehnen.

In der letzten Nummer von *Rossija v globalnoj politike* (»Russland in der Weltpolitik«) äußert sich **Milov** zu einem Gedanken, der in Russland wie auch in Europa die Diskussion über die russische Energiestrategie wesentlich mitbestimmt. Es ist dies die Möglichkeit Russlands, sich mit seiner Energie von Europa abzuwenden und nach China und Indien umzuorientieren. Diese Option wird nicht nur von den russischen »Neo-Cons« vertreten, wie Milov sie nennt, sondern auch von namhaften Ökonomen. So schreibt etwa **Michail Dmitriev**, Präsident des Moskauer Zentrums für strategische Forschung, in der Zeitung *Kommersant* vom 31. Juli 2006 (»Eine Strategie des »Energieschlüssels«), mit der gegenwärtigen Ausrichtung seiner Energieexporte auf Europa gewinne Russland

nichts: Es sichere sich zwar Absatzmärkte für seine Energie, schaffe sich aber keine Absatzmärkte für seine hochwertigen Industriegüter, weil diese dort keine Nachfrage fänden. In China und Indien dagegen sei Russland mit solchen Gütern konkurrenzfähig. Um sich diese Märkte zu öffnen, müsse man den »Energieschlüssel« benützen, soll offenbar heißen, die russische Bereitschaft zu Energielieferungen in diese Länder mit deren Bereitschaft zur Abnahme russischer Industrieprodukte verknüpfen.

Wie sind Russlands Aussichten, im Osten, also in Asien, einen »wirtschaftlichen Durchbruch« zu schaffen? Milov mag nicht recht an die Zukunft einer russisch-chinesischen Energieallianz glauben. Erstens habe für China die Entwicklung und Nutzung eigener Energiekapazitäten Priorität. Zweitens beruhe der gegenwärtig steigende Ölbedarf Chinas auf einem Mangel an Elektrizität; diese Situation werde aber nicht andauern und der chinesische Bedarf an Öl werde zurückgehen. Drittens schließlich werde der industriell besonders entwickelte Südosten Chinas, wo die Nachfrage nach Energie besonders hoch sei, seinen Bedarf an Gas mit LNG decken, das nicht aus Russland kommen werde. Im übrigen könnten auf dem chinesischen Markt nicht die hohen Preise für Energie erzielt werden wie bei Lieferungen nach Europa. Indien schließlich sei einer der am schwierigsten zu bedienenden Märkte für russische Energieressourcen. Das Land setze wie China prioritär auf die eigenen Ressourcen und verfüge über genug Kohle für die nächsten 220 Jahre. Überdies seien einer Expansion des Handels mit Energieressourcen mit Blick auf Indien aus geographischen Gründen sehr enge Grenzen gesetzt. Wer nicht gerade geopolitisch denke und eine Gaspipeline über Pamir und Hindukusch bauen wolle, sondern wirtschaftliche Kriterien zum Maßstab nehme, komme, so Milov abschließend, zu dem Ergebnis, dass der chinesische und der indische Markt für Russland wenig anziehend seien.

Der europäische Markt dagegen biete für Russland wesentliche Vorteile: eine diversifizierte Transportinfrastruktur, kürzere Entfernungen, höhere Preise. Es gebe zwar gewisse politische Schwierigkeiten, doch diese hätten wenig Einfluss auf die Handelsbeziehungen zwischen russischen und europäischen Firmen. Jedenfalls hätten sie sich noch nicht in wirkliche bilaterale Probleme umgesetzt. Warum also solle Russland sich von seinen »natürlichen lukrativen Partnern« abwenden und – Milov benutzt eine chinesische Metapher – versuchen, eine schwarze Katze in einem dunklen Raum zu fangen, wenn es dort gar keine

Katze gebe? Wenn Russland seine Energieexporte erhöhen wolle und dazu – was nicht sicher sei – auch fähig sei, möge es sich auf den japanischen und den amerikanischen Markt begeben, selbst wenn das den Architekten von »Russlands neuer geopolitischer Doktrin« nicht passe.

Öl und Gas: Folgen für die russische Gesellschaft

Andrej Rjabov, Mitarbeiter des Moskauer Carnegie-Zentrums und einer der kenntnisreichsten Analytiker der russischen Verhältnisse, behandelt in der Internet-Zeitung *gazeta.ru* unter der Überschrift »Macht und Ohnmacht eines »Benzinstaates« die Energieproblematik unter einem anderen, neuen Blickwinkel: Er fragt nach den künftigen Folgen der Rohstoffzentriertheit für Staat und Gesellschaft. Rjabov sieht zwei Denkschulen am Werk. Die »Optimisten« seien der Auffassung, dass diese Zentriertheit ein natürliches Stadium in der Entwicklung Russlands darstelle, auf das unweigerlich die zielgerichtete Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft des Landes folge. Neue fortgeschrittene Bereiche würden entstehen, Bildung, Wissenschaft und Gesundheit würden auf einen modernen Stand gebracht – alles sei nur eine Frage der Zeit. Sobald der Staat durch den Export von Energieträgern genügend Mittel angehäuft habe, werde die umfassende Umgestaltung Russlands einsetzen. In dieser Denkschule gebe es zwar einige (»Rationalisten«), die der Auffassung seien, Russland habe als »Benzinstaat« – der Begriff ist offenbar die Übersetzung von »petrostate«, hat aber eigene Konnotationen – zwar nicht gerade die höchste Stufe des sozialökonomischen Fortschritts erreicht; doch gebe es in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung keine andere Möglichkeit, und es bleibe nur zu hoffen, dass sich in Zukunft alles gleichsam von selbst zum Besten entwickeln werde. Die »Pessimisten« dagegen vertreten laut Rjabov die Auffassung, dass eine Politik, die allein auf die Ressourcenmacht eines »Benzinstaates« setze, unweigerlich zum Zusammenbruch des sozialökonomischen Systems Russlands führen müsse, so wie die Krise der auf Öl gegründeten Wirtschaft der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zum Kollaps der Sowjetunion geführt habe. Sobald also die Preise für Öl und Gas fielen, werde Russland ein wirtschaftliches und politisches Fiasko erleben.

Rjabov bekennt sich zur pessimistischen Denkschule, über die er in mancher Hinsicht noch hinaus-

geht, indem er die Frage in seine Überlegungen einbezieht, ob der »Benzinstaat« und seine Gesellschaft fähig seien, in eine höher organisierte Form überzugehen. Rjabov verneint dies und formuliert die These, Russland als »Benzinstaat« könne kein sozialer Staat sein. Das gegenwärtige Russland mit seiner Wirtschaft, die auf dem Export von Energieträgern aufbaue, könne nur 50 Millionen seiner Einwohner einen Lebensstandard bieten, wie ihn Westeuropa aufweise. Nutznießer des gegenwärtigen Systems seien nur diejenigen, die unmittelbar oder mittelbar von den Einkünften aus dem Export der Energieressourcen profitierten. Die übrigen 90 Millionen Einwohner Russlands, in erster Linie Staatsangestellte und Rentner, die vor allem in kleinen und mittleren Städten lebten, hätten diesen Zugang nicht und seien genötigt, in einer anderen Wirtschaft, einer anderen sozialen Sphäre zu leben. Dort sei nicht nur der Lebensstandard niedriger; auch die Wohltaten der modernen Zivilisation – Bildung, Gesundheit, globale Informationsnetze, Unterhaltung – seien weniger zugänglich. Als Folge entstehe dort ein psychischer und politischer Konservatismus, auf dessen Boden Xenophobie, Isolationismus und ein rückwärts gewandtes Anti-Westlertum (*antizapadničestvo*) gediehen. Mit anderen Worten, Russland sei als »Benzinstaat« nicht in der Lage, die Interessen der Mehrheit zu berücksichtigen, wie dies in den entwickelten Staaten der Fall sei.

Das gegenwärtige Russland sei, wie Rjabov zum Schluss seines Artikels feststellt, vornehmlich auf Selbsterhalt ausgerichtet und behindere daher auch alle Versuche von Innovationen. Folglich befasse man sich gar nicht erst mit irgendwelchen Modernisierungsplänen, die nur Risiken mit sich brächten. Die Zukunft hänge davon ab, wie sich das Gleichgewicht zwischen dem Streben der Elite nach Optimierung des gegenwärtigen Systems und dem Wunsch der paternalistisch eingestellten Schichten ausgestalte, weitere soziale Wohltaten zu erhalten. Mit anderen Worten davon, ob die herrschende Klasse auf Dauer fähig und willens ist, die Masse der Bevölkerung ruhigzustellen. Wenn die Inhaber der Macht in Russland dennoch einmal versuchen sollten, das Land zu modernisieren, müssten sie sich, so der Autor in seinem letzten Satz, genau darüber im Klaren sein, dass die Verwirklichung eines solchen Vorhabens auf der Grundlage eines »Benzinstaates« prinzipiell unmöglich sei und nur dann Erfolg verspreche, wenn diese Art von Staat demontiert und das von ihm geschaffene gesellschaftliche System überwunden werde.

Wahlen und Demokratie

Obwohl in Russland 2007 Wahlen zur Staatsduma und 2008 zum Präsidentenamt stattfinden und obwohl insbesondere für die Parlamentswahlen neue und problematische Regelungen und Restriktionen eingeführt worden sind, finden sich im Berichtszeitraum – und dies scheint bezeichnend – kaum Artikel zu diesem Thema in den Fachzeitschriften. **Vladislav Surkov** kommt in einem obiter dictum in seinem oben zitierten Artikel zu dem Urteil, der gegenwärtige Übergang Russlands zum reinen Verhältniswahlrecht bei den Parlamentswahlen sei ein richtiger Schritt; denn er führe zu politischer Konkurrenz, zu einer Stärkung der Opposition. Viele Beobachter im Ausland wie in Russland selbst erkennen darin das genaue Gegenteil. Zu ihnen gehört **Vladimir Ryžkov**, Abgeordneter der Staatsduma seit 1993, zunächst für »Wahl Russlands«, dann für »Unser Haus Russland«, seit 1999 als Unabhängiger. In einem Artikel, der im November unter der Überschrift »Partei: Ende des Spiels« in der dem Kreml gegenüber kritisch eingestellten *Novaja gazeta* erschienen ist, beklagt er die neuen Regelungen. Die »Macht«, also der Kreml, die Zentrale Wahlkommission und die Partei »Einheitliches Russland« hätten die russische Wahlgesetzgebung »gründlich umgepflügt«, um wirkliche Wahlen, wirklichen politischen Wettbewerb unmöglich zu machen.

Insbesondere die Abschaffung der Persönlichkeitswahl, mit der bisher die Hälfte der Abgeordneten in Einzelwahlkreisen bestimmt wurden, wo verschiedene Kandidaten um die Gunst der Wähler wetteiferten, und die Einführung der reinen Listenwahl hätten, so Ryžkov, schwerwiegende Konsequenzen: Früher habe sich ein »selbständiger und wagemutiger« Politiker – es ist unverkennbar, dass Ryžkov auch sich selber meint – aus eigener Kraft durchsetzen können. Das sei nun nicht mehr möglich. Wer keiner Partei angehöre, könne nicht mehr Abgeordneter werden. Der Ausweg – die Gründung einer Partei zusammen mit gleichgesinnten unabhängigen Politikern – sei verbaut: Das neue »drakonische« Parteiengesetz mache die Gründung einer Partei von unten praktisch unmöglich. Sich zu Wahlblöcken zusammenzuschließen sei nunmehr ebenfalls unzulässig. Sollte es dennoch einem oppositionellen Politiker gelingen, es bis zum Wahlkampf zu schaffen, bleibe es für ihn schwer:

Kritik an anderen Parteien sei verboten; Kritik an den Beamten, etwa wegen Korruption, könne mit Extremismus gleichgesetzt werden, der zum Ausschluss aus dem Kandidatenrennen führe. Und im Fernsehen seien neunzig Prozent der Sendezeit für die »Partei der Macht« reserviert, die verbleibenden zehn Prozent den übrigen politischen Kräften, die aber gewöhnlich negativ gezeichnet würden. Bei der Stimmabgabe und beim Auszählen der Stimmen seien gesellschaftliche und ausländische Beobachter nicht zugelassen; lediglich Beobachter registrierter Parteien könnten zugegen sein. Auf diese Weise sei, so Ryžkov, gewährleistet, dass nur »glühende Anhänger« der Macht ins Parlament gelangten. Wer von den Wählern gegen diese und andere Praktiken protestieren wollte, konnte bisher »gegen alle« stimmen. Diese Rubrik sei nunmehr abgeschafft. Was bleibe, sei nicht zur Wahl zu gehen, wodurch diese, wenn nur genügend Wähler diesen Weg gehen, wegen der vorgeschriebenen Mindestwahlbeteiligung ungültig werden könnte. Doch nütze auch das nichts mehr: Die entsprechende Vorschrift sei ebenfalls abgeschafft worden – es gibt keine Mindestwahlbeteiligung mehr.

Ryžkovs Fazit: Jegliche Garantie eines ehrlichen politischen Wettbewerbs in Russland ist verschwunden. Der Wähler sei jeder Möglichkeit einer wirklichen Wahl beraubt, wie auch jeder vertrauenswürdigen Information über die Vorgänge im Lande wie in der Welt. All dies widerspreche den international anerkannten demokratischen Standards. In dieser Perspektive würden die kommenden Parlaments- und Präsidentenwahlen zur Farce. Ryžkov schlägt denn auch vor, mit Blick auf Russland künftig nicht mehr von Wahlen zu sprechen, sondern einen anderen Termin zu suchen, der den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt.

Fragen

Wenn die hier zitierten Aufsätze einen Schluss nahelegen, dann den: Zwischen beiden Seiten, Europa und Russland, bestehen wesentliche Unterschiede, ja, wie man im Lichte der jüngsten Entwicklung formulieren muss, Gegensätze, und zwar in gesellschaftlicher wie politischer Hinsicht. Sie beruhen vor allem darauf, dass die innere Verfasstheit Russlands nicht dem entspricht, was gemäß dem europäischen Grundkonsens unter Demokratie verstanden wird.² Wer diese nüchterne Aussage verinnerlicht, wird die Verhältnisse in Russland besser erfassen als die europäischen Politiker, die seit Jahren zwar die Vorgänge in Russland wahrnehmen, sie aber nicht einordnen können oder wollen und deren ständige Äußerungen von *Besorgnis* – so das Schlüsselwort – über die Entwicklung vor allem eines verraten: ein Zurückschrecken vor der Realität im Innern des Landes. Aber auch die Einordnung der russischen Außenpolitik wird durch das beeinflusst, was unterdessen als *Wertelücke* bezeichnet wird: In dieser Hinsicht gilt der oben zitierte Satz Dmitrij Furmans, wonach die Außenpolitik eines Staates von seinem Charakter determiniert wird und die Natur einer Gesellschaft sich in ihrer Außenpolitik manifestiert.

Die russische Führung wie auch ihre hier zitierten Unterstützer aus der politischen Klasse des Landes führen Demokratie gleichwohl ständig im Munde: Ihre offiziellen Verlautbarungen sind voller Bekenntnisse, wie sie jedem europäischen Liberalen Ehre machen würden. Auch in dieser Hinsicht liefert Dmitrij Furman die Erklärung: Das »postsowjetische russische System« gründe auf einem tiefgehenden Widerspruch zwischen formellen und informellen sozialen Regelungen – ein Widerspruch, den die Gesellschaft vor der Welt und vor sich selber verbergen müsse. Die Ursache dieser Erscheinung geht aus der Aussage Vladislav Surkovs hervor: »Wenn wir

keine offene demokratische Gesellschaft sein werden, wenn wir uns nicht umfassend in die Weltwirtschaft integrieren, in das weltweite System von Wissen, werden wir keinen Zugang zur modernen Technologie des Westens erhalten, ohne die, wie ich meine, die Modernisierung Russlands unmöglich ist.«³ Demokratie ist also keine Frage der verlässlichen Rechtsordnung, der Werte, sondern eine Frage der Effizienz, des Pragmatismus. Dagegen wäre nichts zu sagen; im Gegenteil ist es ja auch und gerade die im Vergleich zu anderen Systemen größere Effizienz der Demokratie, deretwegen die Europäer der russischen Seite immer wieder die Demokratie nahelegen. Nur muss es sich auch wirklich um Demokratie handeln, wenn man sich, wie es die russische Führung ständig tut, auf sie beruft. Doch ist Demokratie für den Kreml eher ein formaler denn ein materieller Begriff: Die bloße Existenz von Parlament, Parteien, Wahlen, Abstimmungen und Mehrheitsentscheidungen ist offenbar Beweis genug für das Vorhandensein von Demokratie. Ob in der Form auch ein demokratischer Inhalt steckt, ob die demokratischen Mechanismen funktionieren, darauf scheint es nicht anzukommen. Die formale Existenz demokratischer Institutionen wird darüber hinaus instrumental verstanden: Sie soll Russland die Integration in die Weltwirtschaft ermöglichen und ihm den Zugang zur modernen Technologie des Westens sichern, ohne dass man bereit wäre, die gesellschaftliche und demokratische Moderne zu übernehmen. Kommt hier nicht erneut der jahrhundertalte Zwiespalt der russischen Eliten zum Tragen: den Westen zu brauchen und zu nutzen, ihn aber unter Berufung auf die Besonderheiten Russlands und die russische Geschichte zurückzuweisen, wenn er eigene Vorstellungen zu Russlands Zukunft entwickelt und, wie gegenwärtig, wahre Demokratie einfordert?

² Der Kern des Gegensatzes kommt am besten in der Formulierung Dmitrij Trenins, eines der brilliantesten strategischen Köpfe Russlands, zum Ausdruck: »Russia is not a democracy – not even a failed one – but it is a rough, capitalist reality powered by private interest, which sometimes poses as the state interest.« (Dmitri Trenin, »Russia Redefines Itself and Its Relations with the West«, in: *The Washington Quarterly*, [Frühjahr 2007], S. 95–105 [103].)

³ Der Satz entstammt einem im Februar 2006 gehaltenen Vortrag vor Aktivisten der Partei »Einheitliches Russland«, der die Grundlage seines hier zitierten Artikels bildet (»Souveränität – das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit«). Doch sind in den Artikel nicht alle Ausführungen Surkovs übernommen worden. Die Auslassungen sind bezeichnend und sagen einiges darüber aus, was der Kreml glaubt, eher verbergen zu sollen.

Dasselbe gilt auch mit Blick auf die neue Machtwährung – Öl und Gas. Eine »Energiepartnerschaft«, wie sie vom Westen fast beschwörend vorgeschlagen wird, ist für die russischen Eliten, für deren Auffassung hier paradigmatisch der Artikel von Michail Deljagin steht, kein Gegenstand der Diskussion. Deljagin sieht wie Surkov in Öl und Gas die Grundlage für Russlands Souveränität. Sie garantierten die Konkurrenzfähigkeit des Landes, die Selbständigkeit der Nation. Russland müsse seine Vorteile im globalen Wettbewerb nutzen und weiterentwickeln, wie beide Autoren in ihrem Denkmodell der Konkurrenz, ja vielleicht sogar, so Surkov, des Wirtschaftskrieges argumentieren,⁴ in dem man nicht auf seinen eigenen, wesentlichen Vorteil verzichte, schon gar nicht gegenüber einem Westen, der zwar nicht als Feind, aber doch als Gegner im Rahmen eines bis zum Äußersten gehenden Wettbewerbes gesehen wird.⁵ Surkov will

4 Unter Übernahme von Ausführungen, die der »große russische Dichter« Josef Brodskij gemacht hat, sieht Surkov in seinem Vortrag die Globalisierung als gleichbedeutend mit der Perspektive von globalen »Wirtschaftskriegen« an, in denen es Sieger und Besiegte geben werde. Finanzielle Macht werde sich in Expansion wirtschaftlicher, politischer und kultureller Art umsetzen. Kaufen sei schließlich einfacher als umbringen. Und einen Staat zu besetzen, indem man ihn in Schulden stürze, sei verlässlicher, als Truppen dorthin zu schicken. Ein besonders ominöser Hinweis Surkows, ebenfalls unter Übernahme von Aussagen Brodskijs: Es sei durchaus wahrscheinlich, dass die Staaten Osteuropas sich nach ihrer Befreiung von der kommunistischen Herrschaft in der Lage von Schuldnerländern wiederfinden, das heißt von Ländern, die auf neue Art und Weise okkupiert seien.

Diese Ausführungen Surkows sind in seinem hier zitierten Artikel ebenfalls nicht abgedruckt. Auch diesen Gedanken des Vortrages also wollte man den Lesern vorenthalten. Damit stellt sich die Frage, wie man die weggelassenen Äußerungen Surkows zu deuten hat. Sind sie Ausdruck einer Überzeugung des Kreml, dass eine neue weltweite Auseinandersetzung bevorsteht oder schon vor sich geht, in der eine andere Machtwährung gilt als seinerzeit die militärische des Kalten Krieges? Und dass es Russland ist, das nunmehr überlegene Kräfte in Gestalt der neuen Machtwährung Öl und Gas besitzt? Und dass Ostmitteleuropa die erste Region sein wird, die durch Verschuldung als spezifische Form eines *roll-back*, diesmal von Ost nach West, »auf neue Art und Weise« okkupiert werden soll?

5 Bemerkenswert sind die Sätze, die Surkov in dieser Hinsicht in seinem Artikel unter Zitierung eines »bekannten Politologen« für den Westen findet: »Sie würden aus uns gerne den Wachdienst für ihre Pipelines machen, die durch unser Territorium führen.« Herablassender, ja verächtlicher kann man die westlichen Wünsche nach Unterzeichnung der Energiecharta und nach Öffnung der Pipelines durch Russland kaum kennzeichnen. Auch diese Äußerung zeigt, in welchem Rahmen sich Surkows Argumentation bewegt.

sich denn auch nicht mit den Erlösen aus dem Verkauf von Öl und Gas zufriedengeben. Geld – das sei Papier. Russland aber brauche kein Papier, sondern Wissen, neue Technologien. Den Zugang dazu müsse man sich, so Surkov, erkaufen. Ähnlich argumentiert Deljagin, der westliche Firmen nur beteiligen will, wenn es gar nicht anders geht. Vladimir Milov und Vladislav Inozemcev, die einer aufgeklärten russischen Energiepolitik das Wort reden, sind demgegenüber die im Russischen sprichwörtlichen »weißen Raben«, die mit ihren Vorstellungen einer »vernünftigen Energiepolitik« völlig aus dem Rahmen fallen.

Instrumentiert der Kreml seine wirtschaftliche Macht zur Erreichung politischer Ziele? Die hier zitierten Autoren lassen daran mit Blick auf Öl und Gas kaum einen Zweifel: Strategische Rohstoffe sind Herrschaftsinstrumente, anwendbar zunächst einmal mit Blick auf den postsowjetischen Raum, aber auch, wie Surkov mit seinem Gedanken von Wirtschaftskriegen erkennen lässt, auf Ostmitteleuropa wie letztlich Europa insgesamt. Präsident Putin drückt sich nicht so martialisch aus. Doch fragt sich, ob seine jüngst bei seinem Besuch in Deutschland gemachten Bemerkungen allein das Wirken Merkurs verraten: »Die Russen kommen hierher, nicht auf Panzern und mit Kalaschnikovs in den Händen; sie kommen mit Geld, und sie verdienen es, dass man sie willkommen heiße und ihnen helfe. Es ist nicht die Rote Armee, die nach Deutschland kommen will. Es sind dieselben Kapitalisten wie bei Ihnen.«⁶ Sind diese Äußerungen lediglich Ausdruck einer Haltung des Kreml, der zufolge die Welt ein großer Markt ist, auf dem Russland sich als neues starkes Unternehmen (»Russland-AG«) bewegt und seinen Vorteil sucht, wo immer es geht? Will der »junge Kapitalismus« nur die »Wettbewerbslücke« zu den westlichen Konkurrenten schließen, die »windfallprofits« aus den Verkäufen von Öl und Gas gut anlegen und, wie dies auch bei Surkov anklingt, für die Zeit vorsorgen, da die fossilen Energieträger erschöpft sind? Oder muss man eine »hidden agenda« annehmen, in der Öl und Gas als im wesentlichen politische Materie figurieren?⁷ Was hat es zu bedeuten, wenn sich russische Firmen weltweit in rohstoffreichen Ländern engagieren, vor allem auch in jenen, die für die Europäer mit Blick auf die Diversifizierung bei den Bezügen von Energieträgern, insbesondere von Gas

6 In München am 11. Oktober 2006, zitiert in: *Moscow Times*, 12.10.2006, S. 2 (Übersetzung des Verfassers).

7 »The oil and gas business, they [the Russian leaders] believe, is essentially political.« (Trenin, »Russia Redefines Itself« [wie Fn. 2], S. 97.)

(LNG), von Wichtigkeit sind? Anders gefragt: Wie muss man es werten, wenn der Kreml Verständnis für die Diversifizierungsbemühungen Europas mit Blick auf Gas äußert, aber gleichzeitig offen wie im Stillen alles unternimmt, um diese Bemühungen zu vereiteln?⁸ Was hat das mit der von Europa angestrebten »Energiepartnerschaft« zu tun?⁹

Könnte es sein, dass sich Russland, statt alle Kraft auf die innere Entwicklung des Landes zu konzentrieren, erneut, wenn auch mit anderen, nämlich wirtschaftlichen Mitteln, nach außen wendet? Und damit in einer historischen Pfadabhängigkeit erneut den klassischen Fehler beginge: auf äußere Größe statt auf innere Stärke zu setzen? Oder soll die Hinwendung nach außen der Schaffung innerer Stärke dienen? Kann diese politische Kausalität wirken? Ist das russische Verhalten Anzeichen einer »Gleichgültigkeit der Verantwortlichen gegenüber den wirtschaftlichen Kernaufgaben« (Heinrich Vogel), die doch in Russland liegen? Von den großen »nationalen Projekten«, von der Erfüllung der von den sonst so gegensätzlichen Autoren Deljagin und Inozemcev zu Recht erhobenen Forderung, die Erlöse aus den Verkäufen von Energieträgern für die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie (Inozemcev) wie zur umfassenden Modernisierung Russlands insgesamt (Deljagin) zu verwenden, ist jedenfalls vorerst wenig zu bemerken. Reicht die punktuelle Modernisierung, wie sie unzweifelhaft in Russland vor sich geht, aus, um das Land wirklich voranzubringen? Damit dies gelingt, für diese These spricht vieles, wäre eine umfassende Modernisierung des Landes notwendig, die über Wirtschaft und Technik weit hinausgeht und die Gesellschaft wie auch die Art und Weise einschließt, wie das Land regiert wird. Aber wollen die russischen Führungseliten, die ja zum großen Teil gleichzeitig die Eigentümer des Landes sind (Trenin), dies wirklich? Zweifel sind angebracht: Eine wirkliche Modernisierung hieße auch Abgehen von der Monopolisierung der Macht und der Privatisierung des Staates sowie Zulassung von politischem Wettbewerb. Eine solche Entwicklungsmöglichkeit sehen allenfalls diejenigen in Europa, die ständig darauf hinweisen, dass Russland in die richtige Richtung gehe, aber man Geduld mit dem Land haben müsse. In der Tat braucht Russland Zeit. Nur: Diese

Zeit muss auch entsprechend genutzt werden. Ist das der Fall? Zweifel sind auch hier erlaubt.

Auch der Westen muss viele Fragen beantworten, so etwa die von russischer, aber auch von interessierter europäischer und insbesondere deutscher Seite immer wieder gestellte Frage, warum Investitionsvorhaben russischer Firmen in einzelnen europäischen Ländern auf so viel Widerstand stoßen. Wenn die Thesen, wie sie Dmitrij Furman in seinem oben vorgestellten Artikel ausgeführt hat, zuträfen, und wenn Vladislav Surkov mit seinen hier ebenfalls beschriebenen Auffassungen die Position des Kreml wiedergäbe, fiel die Antwort nicht schwer: Ein Land wie Russland, das sich, so Furman, erneut in einer Systemkonkurrenz oder gar einem »stillen Kalten Krieg« mit dem Westen befindet und sich mit ihm, wie es Surkov mehr als nur andeutet, in einem gnadenlosen Wettbewerb oder gar in einem »Wirtschaftskrieg« involviert sieht, wird man kaum mit Freuden in den eigenen Wirtschaftsunternehmen willkommen heißen, zumal dann nicht, wenn der Eindruck richtig ist, dass Wirtschaft und Staat im Russland von heute kaum voneinander zu trennen sind und dass auch Investitionen russischer Firmen im Ausland »in Wahrheit der Macht und dem Einfluss einer wieder aufsteigenden Großmacht dienen« (Daniel Brössler)¹⁰ – ein Eindruck, auf den auch die Tatsache hindeutet, dass westliche Investitionen in Russland in wesentlichen Bereichen nicht selten auf ausgesprochene Schwierigkeiten stoßen oder sich als unmöglich erweisen und Investitionen westlicher Firmen in russische Rohstoffunternehmen begrenzt und nicht immer dauerhaft sind und im übrigen nicht zuletzt dem russischen Partner nützen, der dadurch Zugang zu westlichem Know-how im technischen und wirtschaftlich-finanziellen Bereich gewinnt.

Reicht die – in jeder Hinsicht zutreffende – Erwägung der Europäer, dass Russland ein ungemein wichtiges Land ist, mit dem man nur zu gern partnerschaftlich zusammenarbeiten würde, reicht insbesondere das beiderseitige Interesse an der Aufrechterhaltung und Intensivierung des Güterauswechsels wie auch des vielfältigen Geflechts von Beziehungen im Bereich Wissenschaft, Bildung und Kultur aus, um die Beziehungen zu Russland insgesamt zu tragen? Die Diskrepanzen, ja der Wettbewerb der beiden Systeme, von dem bereits wieder gesprochen werden

⁸ Michael Thumann, in: *Die Zeit*, 24.5.2007, S. 9.

⁹ Thumann, langjähriger Russlandkorrespondent der *Zeit*, kommt zu einem eindeutigen Urteil: »Das alles ist nicht sehr partnerschaftlich, es ist ausgesprochen unfreundlich. Putins Europapolitik ließe sich auch so zusammenfassen: einschüchtern, spalten, abhängig machen.« (Ebd.)

¹⁰ Daniel Brössler, »Doppeltes Spiel«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4./5.11.2006, S. 25.

muss, kann jedenfalls allein durch florierende Wirtschaftsbeziehungen kaum überwunden werden.

Kann und soll Europa – um einen Begriff zu benutzen, der von Werten absieht und allein auf Interessen abstellt – »Modernisierungspartner« eines Russland sein, das die Kooperation, ganz in russischer Tradition, ausdrücklich als auf Rückgewinnung alter Stärke berechnet deklariert? Also um die »Souveränität« des Staates noch vollkommener zu machen? Eines Russland, das wenig Bereitschaft zeigt, sich mit seiner unseligen Vergangenheit zu beschäftigen, das im Inneren in seinem Handeln keine große Neigung zu Rechtsstaat und politischem Wettbewerb erkennen lässt und nach außen eine »pragmatische« Außenpolitik betreibt, in deren Rahmen alle Gelegenheiten ergriffen werden, um die neue Souveränität zu demonstrieren und zu nutzen, und nur eines zu zählen scheint: das Interesse Russlands oder was dafür ausgegeben wird? Eines Russland, das sich erneut als eindimensionale, weil nahezu allein auf Rohstoffe gründende Großmacht darstellt und dessen Stärke, wie Vladimir Ryžkov am Beispiel des Wahlrechts aufzeigt, nicht durch Demokratie geleitet und damit moderiert wird? Eines Russland, dessen »Größe« weniger auf den eigenen Verdiensten als auf der Schwäche der anderen beruht und dessen Eliten vom »windfall« der Öl- und Gaserlöse schier geblendet sind?¹¹

Die Fragen zeigen, wie schwierig es ist, eine tragfähige Grundlage für das Verhältnis Europas wie des Westens insgesamt zum Russland von heute zu finden. Sicher ist es zu früh – in dieser Beziehung warnt Sergej Karaganov sicherlich zu Recht –, einer Rückkehr zur »friedlichen Koexistenz« das Wort zu reden. Es spricht indessen manches dafür, dass sich die Entwicklung in diese Richtung bewegt. Das wäre keine Katastrophe; denn dies hieße Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen, wo immer möglich, und Anerkennung von Gegensätzen, wo sie bestehen. Wer mehr will – also Partnerschaft, gar solche strategischer Art –, muss sich jedenfalls zunächst darüber klar werden, mit welchem Russland er es zu tun hat, was dessen Führung will und ob dieses Russland zu einer Partnerschaft fähig und willens ist.

Gewiss sind die Möglichkeiten, auf Russland einzuwirken, begrenzt. Dennoch existieren sie, auch wenn Europa sich natürlich nicht das Russland schaffen kann, das es sich als Idealfall vorstellt. Gleichwohl sollten sich die Europäer nicht nur darüber klar

werden, was für ein Land und was für eine Gesellschaft ihnen gegenüberstehen, sondern auch darüber, welches Russland sie selber wollen. Alles spricht dafür, dass nur ein starkes Russland im europäischen Interesse liegt: weil nur ein solcher Staat die großen Aufgaben bewältigen kann, die ihm in der heutigen Welt gestellt sind. Aber dieses Russland sollte erstens wirklich stark sein und nicht nur reich (Angela Stent), und zweitens sollte es demokratisch sein oder sich doch auf einem demokratischen Wege befinden: Ein Russland, das nur stark ist, wäre kein Partner oder gar Freund – es wäre eine Herausforderung.

Einstweilen lebt Russland seine Souveränität aus. Ob es sich dabei immer souverän verhält, ist eine andere Frage. Die russische Führung, so scheint es, betrachtet ihr Land erneut als Weltmacht, als – so das Schlüsselwort – »unentbehrliche Macht«, ohne deren Mitwirkung kein Problem von Gewicht gelöst werden darf. Die Europäer sehen sich einem Kreml gegenüber, der Kritik an Russland für unerwünscht, ja für unzulässig erklärt. Das ist keine einfache Situation, dies umso weniger angesichts einer amerikanischen Administration, die nicht dem entspricht, was man in Europa bisher unter atlantischer Partnerschaft verstanden hat. Die Europäer werden am besten auf die Lage reagieren, wenn sie zunächst einmal ihre eigenen Aufgaben lösen – vom Verfassungsvertrag über eine einheitliche Energiepolitik bis hin zu einer zumindest in Grundsätzen gemeinsamen Außenpolitik – und sich dabei auf die Prinzipien und Werte besinnen, auf deren Basis sie sich vereinigt haben. Und noch eines ist unabdingbar: dass Europa und die USA wieder zu dem werden, was sie einstmals waren: zum Westen. Darin und nicht in einer gegenwärtig von Teilen des linken politischen Spektrums geforderten Äquidistanz zu USA und Russland liegt auch der Weg, den Deutschland gehen muss.

¹¹ Von Heinrich Vogel stammt der treffende Ausdruck »Weltmacht durch *windfall*«.

Vorgestellte Artikel

- Deljagin, Michail**, »Energetičeskaja doktrina Rossii« [Die Energiedoktrin Russlands], in: *Svobodnaja mysl'*, (2006) 9–10, S. 5–14
- Dmitriev, Michail**, »Strategija »energetičeskogo ključa« Orientacija na evropejskie rynki ne pozvolit Rossii vybrat'sja iz energetičeskogo plena« [Eine Strategie des »Energieschlüssels«. Die Ausrichtung auf die europäischen Märkte wird Russland nicht erlauben, aus der Energiegefangenschaft herauszufinden], in: *Kommersant*, 31.7.2006
- Furman, Dmitrij**, »Cholodnaja vojna bez slov« [Ein lautloser Kalter Krieg], in: *Nezavisimaja gazeta*, 27.3.2006, unter dem Titel »A Silent Cold War« auch in: *Russia in Global Affairs*, 4 (April–Juni 2006) 2, S. 68–74
- Inozemcev, Vladislav**, »O razumnoj energetičeskoj politike« [Zu einer vernünftigen Energiepolitik], in: *Svobodnaja mysl'*, (2006) 9–10, S. 15–24
- Karaganov, Sergej**, »Dangerous Relapses«, in: *Russia in Global Affairs*, 4 (April–Juni 2006) 2, S. 76–91
- Kvitko, Evgenij/Milov, Vladimir**, »Gaz – Tormoz« [Gas ist ein Hemmnis], in: *Bol'shaja Politika*, (Januar–Februar 2006) 1–2, S. 16–22
- Milov, Vladimir**, »Pojmat' žuravlja v temnoj komnate« [sinngemäß: Das Fangen einer schwarzen Katze in einem dunklen Zimmer], in: *Rossija v global'noj politike*, 4 (November–Dezember 2006) 6, S. 93–100
- Rjabov, Andrej**, »Moguščestvo i bezpomoščnost' »benzinovogo gosudarstva« [Macht und Ohnmacht eines »Benzinstaates«], in: *gazeta.ru*, <www.gazeta.ru/comments/2006/01/17_x_519295.shtml>
- ders.**, »Moguščestvo i bezpomoščnost' »benzinovogo gosudarstva«. Čast' vtoraja« [Macht und Ohnmacht eines »Benzinstaates«. Zweiter Teil], in: *gazeta.ru*, <www.gazeta.ru/comments/2006/01/18_x_520143.shtml>
- Ryžkov, Vladimir**, »Partija: konec igry. Pravjaščemu režimu ne nužny ni politiki, ni elektorat« [Partei: Ende des Spiels. Das herrschende Regime braucht weder Politiker noch ein Elektorat], in: *Novaja gazeta*, 1210 (20.11.–22.11.2006) 88
- Surkov, Vladislav**, »Suverenitet – eto političeskij sinonim konkurentosposobnosti« [Souveränität – das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit], in: *Političeskij klass*, (März 2006) 3, S. 15–21
- ders.**, Stenogramm des Vortrages, gehalten im Zentrum für Parteischulung der Partei »Einheitliches Russland« am 7.2.2006, <<http://www.edinros.ru/print.html?id=111148>>

- Telen', Ljudmila**, »Who Is Mister P?«, in: *Bol'shaja Politika*, (Januar–Februar 2006) 1–2, S. 5
- Tret'jakov, Vitalij**, »Krušenje SSSR i vozroždenie Rossii« [Der Zusammenbruch der UdSSR und die Wiedergeburt Russlands], in: *Političeskij klass*, (Dezember 2006) 12, S. 16–29